Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Seitz
Tel. 05 61/7 87-12 26
Fax 05 61/7 87-21 82
E-Mail: Koch.Seitz@stadt-kassel.de
oder stavo-buero@stadt-kassel.de

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Kassel, 23.10.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **5.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport lade ich ein für

Dienstag, 31.10.2006, 17.00 Uhr,
Lesezimmer, Rathaus, Kassel.

Tagesordnung:

1. **Sicherstellung der psychosozialen Betreuung substituierter Opiatabhängiger im Stadtgebiet Kassel**
   Vorlage des Magistrats
   Berichterstatter/in: Stadträtin Anne Janz
   - 101.16.284 -
   (gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)

2. **Versprechen des Oberbürgermeisters zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze**
   Anfrage der CDU-Fraktion
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Bathon
   - 101.16.173 -

3. **Blut- und Organspenden**
   Antrag der CDU-Fraktion
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Bathon
   - 101.16.213 -

4. **Finanzierungskonzept Klinikumsneubau**
   Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boeddinghaus
   - 101.16.257 -

5. **Substitution**
Anfrage der Fraktion Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Maisch
- 101.16.264 -

6. **Flächen für das Spiel GORODKI**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Diederich
- 101.16.265 -

7. **Rauchfreie Ruhezonen in städtischen Freibädern**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Reimann
- 101.16.267 -

8. **AfK Beirat - Arbeitsfähigkeit herstellen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Aulepp-Wulff
- 101.16.278 -

9. **Teilhabeplan für behinderte Menschen**
Antrag der Fraktion Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Maisch
- 101.16.279 -

10. **Arbeitsförderung Kassel (AFK) Tätigkeitsbericht vorlegen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Aulepp-Wulff
- 101.16.283 -

Mit freundlichen Grüßen
gez. Hannelore Diederich
Vorsitzende

Für die Richtigkeit:

Elisabeth Spangenberg

Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL

documenta-Stadt

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Kassel, 08.11.2006

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am Dienstag, 31.10.2006, 17.00 Uhr,
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1.	Sicherstellung der psychosozialen Betreuung substituierter Opiatabhängiger im Stadtgebiet Kassel	101.16.284
2.	Versprechen des Oberbürgermeisters zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze	101.16.173
3.	Blut- und Organspenden	101.16.213
4.	Finanzierungskonzept Klinikumsneubau	101.16.257
5.	Substitution	101.16.264
6.	Flächen für das Spiel GORODKI	101.16.265
7.	Rauchfreie Ruhezonen in städtischen Freibädern	101.16.267
8.	AfK Beirat - Arbeitsfähigkeit herstellen	101.16.278
9.	Teilhabeplan für behinderte Menschen	101.16.279
10.	Arbeitsförderung Kassel (AFK) Tätigkeitsbericht vorlegen	101.16.283

Vorsitzende Diederich eröffnet die mit der Einladung vom 23.10.2006 ordnungsgemäß einberufene 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 2 betr. Versprechen des Oberbürgermeisters zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze wird auf Wunsch von Oberbürgermeister Hilgen vorgezogen.

Die Tagesordnungspunkte 1 betr. Sicherstellung der psychosozialen Betreuung substituierter Opiatabhängiger im Stadtgebiet Kassel und 5 betr. Substitution werden wegen Sachzusammenhangs zusammen aufgerufen.

Stadtverordneter Dr. Schnell schlägt vor, die Antwort zum Tagesordnungspunkt 4 betr. Finanzierungskonzept Klinikumsneubau nur im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu geben. Stadtverordnete Aulepp-Wulff erklärt sich damit einverstanden. Der Tagesordnungspunkt wird heute abgesetzt.

Vorsitzende Diederich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

2. Versprechen des Oberbürgermeisters zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.173 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Was wurde aus dem Versprechen des Oberbürgermeisters zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze?

1. Wie viele Auszubildende werden in 2006 eingestellt?

2. Wo und in welchen Bereichen (einzeln aufgeschlüsselt)?

3. Wie viele der Ausgelernten können weiter beschäftigt werden?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion. Die schriftliche Antwort ist dieser Niederschrift beigefügt.

Die Anfrage ist durch Oberbürgermeister Hilgen beantwortet.

Die Tagesordnungspunkte 1 und 5 werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Behandlung aufgerufen.

1. Sicherstellung der psychosozialen Betreuung substituierter Opiatabhängiger im Stadtgebiet Kassel
Vorlage des Magistrats
- 101.16.284 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Zur Sicherstellung der Hilfebedarfsermittlung und der psychosozialen Betreuung substituierter Opiatabhängiger im Stadtgebiet Kassel wird die Vereinbarung mit der Drogenhilfe Nordhessen e. V. über eine Mindestversorgung dieser Personen über den 31.12.2006 hinaus verlängert. Die Vereinbarung gilt ausdrücklich nur für die Opiatabhängigen aus der Stadt Kassel.

2. Die erforderlichen Mittel für die insgesamt 82 zur Verfügung stehenden Plätze in Höhe von 76.155 € sind im Haushaltsplan 2007 und in den Folgejahren bei dem Sachkonto 791 110 000 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen - veranschlagt.

Stadträtin Janz erläutert kurz die Magistratsvorlage.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: ---
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Sicherstellung der psychosozialen Betreuung substituierter Opiatabhängiger im Stadtgebiet Kassel, -101.16.284-, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

5. Substitution
Anfrage der Fraktion Grüne
- 101.16.264 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viel heroinabhängige Menschen leben in Kassel bzw. haben tagsüber ihren Lebensmittelpunkt in Kassel?
2. Welche Angebote gibt es von Seiten der Stadt, um diesen Menschen zu helfen?
3. Wie viel Menschen werden mit Methadon oder vergleichbaren Stoffen substituiert?
4. Wie schätzt der Magistrat den Bedarf an Plätzen für Substitutionstherapie ein? Wie lange sind die durchschnittlichen Wartezeiten, um in eine Substitutionstherapie zu kommen?
5. Kann für alle Heroinabhängigen, die mit Methadon substituiert werden eine ausreichende psychosoziale Betreuung gewährleistet werden?
6. Wie ist die Erfolgsquote der Methadontherapie. Wie lange ist die Verweildauer in den Therapieprogrammen?
7. Wie viel Substituierte, die im Methadonprogramm sind, gibt es, die für „Heroin an Schwerstabhängige" in Betracht kommen würden?
8. Wie schätzt der Magistrat die Gefahren von Beschaffungskriminalität durch HeroingebraucherInnen ein?

Stadtverordnete Maisch begründet die Anfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Stadträtin Janz und Frau Dr. Vater-Dargel, Gesundheitsamt, beantworten die einzelnen Fragen. Die schriftliche Antwort ist dieser Niederschrift beigefügt.

Die Anfrage ist durch Stadträtin Janz beantwortet.

3. Blut- und Organspenden
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.213 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in geeigneter Form und in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt im Bereich der Stadtverwaltung und bei städtischen Gesellschaften für die Notwendigkeit von Blut- und Organspenden zu werben.

Stadtverordneter Bathon begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Stadträtin Janz und Frau Dr. Seuren-Kronenberg - Leiterin des Gesundheitsamtes, nehmen dazu Stellung. Eine kurze Diskussion schließt sich an.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: ---
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Blut- und Organspenden, -101.16.213-, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bathon

4. Finanzierungskonzept Klinikumsneubau
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.257 -

Abgesetzt.

Stellvertretender Vorsitzender Bathon übernimmt während der Behandlung des Tagesordnungspunktes 6 die Sitzungsleitung.

6. Flächen für das Spiel GORODKI
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.16.265 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Ist dem Magistrat das in der ehemaligen Sowjetunion sehr beliebte Spiel GORODKI bekannt?

Ist dem Magistrat bekannt, ob Bedarf an Spielflächen besteht und ob ggf. Die Möglichkeit für die Errichtung von Spielflächen besteht?

Stadtverordnete Diederich begründet die Anfrage der SPD-Fraktion. Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet diese. Eine kurze Diskussion schließt sich an mit. Es wird Einvernehmen darüber erzielt, das Thema erst weiter zu verfolgen, wenn konkrete Anfragen Dritter dazu vorliegen.

Die Anfrage ist durch Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

7. Rauchfreie Ruhezonen in städtischen Freibädern
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.16.267 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Besteht die Möglichkeit, mit Beginn der nächsten Freibadsaison in den städtischen Freibädern eine „rauchfreie Ruhezone“ (ähnlich wie im Freibad Lohfelden) auszuweisen?

Stadtverordnete Reimann begründet die Anfrage der SPD-Fraktion. Stadtkämmerer Dr. Barthel zitiert aus einer Stellungnahme der Städtische Werke AG, dass das Rauchen in städtischen Freibädern nicht erlaubt sei, lediglich in kleinen Zonen kann geraucht werden.

Die Anfrage ist durch Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

8. AfK Beirat - Arbeitsfähigkeit herstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.278 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird dazu aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der Beirat der Arbeitsförderung Kassel (AfK) in ein arbeitsfähiges Gremium umgewandelt wird.
Insbesondere gehören dazu:
Dass er mindestens vierteljährlich tagt.
Dass die Beiratsmitglieder alle Unterlagen, die sie für die Ausübung ihrer Funktion benötigen auch in schriftlicher Form erhalten.
Dass sie ein Anhörungs-, ein Informations- und ein Vorschlagsrecht gegenüber der Geschäftsführung der AFK erhalten.

Stadtverordnete Aulepp-Wulff begründet den Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG. Stadtkämmerer Dr. Barthel nimmt dazu Stellung. Nach einer eingehenden Diskussion zieht Stadtverordnete Aulepp-Wulff den Antrag ihrer Fraktion zurück.

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

9. Teilhabeplan für behinderte Menschen

Antrag der Fraktion Grüne
- 101.16.279 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen lokalen Teilhabeplan für behinderte Menschen mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen und Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für behinderte Menschen zu entwickeln. Diese Initiative soll in enger Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat vorangetrieben und stetig weiterentwickelt werden. Aktivitäten von Vereinen, Institutionen und freien Trägern sollen in den Teilhabeplan ergänzend mit aufgenommen werden.

Im Einzelnen sind im lokalen Teilhabeplan u.a. folgende Bereiche zu berücksichtigen:
- Verbesserung der Barrierefreiheit im Rathaus und anderen städtischen Gebäuden
- Barrierefreierer Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Straßen und Plätzen
- Verbesserung der schulischen Integration behinderter Kinder und Jugendlicher
- Barrierefreie Gestaltung von Spielplätzen, Bibliotheken und Freizeiteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Verbesserung des barrierefreien Zugangs zu städtischen Veranstaltungen, Angeboten und Leistungen
- Schaffung von mehr barrierefreiem Wohnraum
- Barrierefreier Zugang und Nutzung von kulturellen Angeboten

Stadtverordneter Miles-Paul begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Stadtkämmerer Dr. Barthel und Stadträtin Janz nehmen dazu Stellung. Diese Stellungnahme ist der Niederschrift beigefügt.

Im Rahmen der Diskussion ändert Stadtverordneter Miles-Paul auf Vorschlag des Stadtverordneten Dr. Schnell den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wie folgt:

- **Geänderter Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, **in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept vorzulegen, wie ein lokaler Teilhabeplan für behinderte Menschen mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen und Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für behinderte Menschen erstellt werden kann. Das Konzept soll auch Angaben zu dem Kosten- und Personalaufwand für den Teilhabeplan enthalten. Zusätzliche Haushaltsmittel sind für den Teilhabeplan nicht vorgesehen.**

Im Einzelnen sind im lokalen Teilhabeplan u.a. folgende Bereiche zu berücksichtigen:
- Verbesserung der Barrierefreiheit im Rathaus und anderen städtischen Gebäuden
- Barrierefreierer Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Straßen und Plätzen
- Verbesserung der schulischen Integration behinderter Kinder und Jugendlicher
- Barrierefreie Gestaltung von Spielplätzen, Bibliotheken und Freizeiteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Verbesserung des barrierefreien Zugangs zu städtischen Veranstaltungen, Angeboten und Leistungen
- Schaffung von mehr barrierefreiem Wohnraum
- Barrierefreier Zugang und Nutzung von kulturellen Angeboten

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: ---
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Teilhabeplan für behinderte Menschen, -101.16.279-, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Miles-Paul

10. Arbeitsförderung Kassel (AFK) Tätigkeitsbericht vorlegen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.283 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird dazu aufgefordert,
den Tätigkeitsbericht, der den Gesellschaftern vorgelegt wird, auch den kommunalen Gremien vorzulegen.

Stadtverordnete Aulepp-Wulff begründet den Antrag für die Fraktion Kasseler Linke.ASG. Stadtkämmerer Dr. Barthel gibt eine Stellungnahme ab. Es schließt sich eine intensive Diskussion an.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B 90/Grüne, FDP
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Arbeitsförderung Kassel (AFK) Tätigkeitsbericht vorlegen, -101.16.283-, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lippert

Ende der Sitzung: 18.35 Uhr

Hannelore Diederich
Vorsitzende

Bärbel Seitz
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 5. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Sport am
Dienstag, 31.10.2006, 17.00 Uhr
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Hannelore Diederich, SPD Vorsitzende	
Michael Bathon, CDU 1. Stellvertretender Vorsitzender	
Wolfgang Friedrich, Grüne 2. Stellvertretender Vorsitzender	i.V. Ottmar
Wolfgang Decker, SPD Mitglied	
Petra Friedrich, SPD Mitglied	
Heidi Reimann, SPD Mitglied	
Dr. Günther Schnell, SPD Mitglied	
Heike Mattern, CDU Mitglied	
Lutz Schmidt, CDU Mitglied	
Donald Strube, CDU Mitglied	entschuldigt
Nicole Maisch, Grüne Mitglied	
Nico Weinmann, Kasseler Linke.ASG Mitglied	iV Petra
André Lippert, FDP Mitglied	

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Kadri Eroglu,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Jank
Gesundheit

Anne Jank

Schriftführung

Bärbel Seitz,
Schriftführerin

B. Seitz

Verwaltung/Gäste

Kolber, Ina	Gesundheitsamt
Dr. Feuren-Kronenberg	53
Dr. Reuter-Dargel	53
Ruckhoff	50

Anwesenheitsliste zur 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vom 31.10.2006 Seite 2

Hauptamt

Anlage zu TOP 2

- 10 -

16.11.2006

An

- 16 -

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 17. NOV. 2006
.....Bd. .....Hefte .....lose Anl.

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 31.10.2006; Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.07.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 31.10.2006 zugesagt, übersende wir als Anlage die Stellungnahme bezüglich der Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.07.2006.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Anlage

Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.07.2006;
Versprechen des Oberbürgermeisters zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze

1. Wie viele Auszubildende werden in 2006 eingestellt?
2. Wo und in welchen Bereichen (einzeln aufgeschlüsselt)?

In 2006 haben 34 Auszubildende ihre Ausbildung bei der Stadt Kassel begonnen.

Beruf	Ausbildungsbereich	Anzahl
Volontär/in für den Bereich Biologie (höherer Dienst)	Kulturamt und Denkmalpflege - Naturkundemuseum -	1
Beamtenanwärter/in im gehobenen nichttechnischen Dienst	Verschiedene Ämter der Stadtverwaltung	2
Beamtenanwärter/in im mittleren nichttechnischen Dienst	Verschiedene Ämter der Stadtverwaltung	3
Verwaltungsfachangestellte/r	Verschiedene Ämter der Stadtverwaltung	3
Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation	Verschiedene Ämter der Stadtverwaltung	12
Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste	Kulturamt und Denkmalpflege – Stadtbibliothek -	2
Vermessungstechniker/in	Amt Vermessung und Geoinformation	2
Bauzeichner/in	Gebäudewirtschaft	1
Elektroniker/in	Gebäudewirtschaft	1
Straßenbauer/in	Straßenverkehrsamt	1
Gärtner/in	Umwelt- und Gartenamt	5
Biologiemodellmacher/in	Kulturamt und Denkmalpflege	1
		34

Zusätzlich wurde in diesem Jahr in Kooperation mit der JAFKA gGmbH 30 jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, eine Ausbildung zu beginnen. Die Ausbildung erfolgt in Zusammenarbeit mit den Unternehmen des Konzern Stadt Kassel. In folgenden Berufen wird dort ausgebildet:

Beruf	Ausbildungsbereich	Anzahl
Metallbauer	Jafka gGmbH	4
Maler/Lackierer	Jafka gGmbH	4
Tischler	Jafka gGmbH	6
Fachkraft für Lagerlogistik	KVV	1
Kauffrau für Tourismus	Kassel tourist	1
Kauffrau für Bürokommunikation	Stadt Kassel Kassel tourist Stadtreiniger	3 1 1
Koch/Köchin	Betriebsrestaurant Stadt Kassel KVV Stadtreiniger	2 2 1
Bauzeichner/in	KVV	1
Industriemechaniker/in	Kassel tourist	1
Veranstaltungskauffrau/-mann	Kassel tourist	1
Fachkraft für Veranstaltungstechnik	Kassel tourist	1
		30

Somit haben insgesamt 64 junge Menschen durch die Stadt Kassel eine Ausbildung aufnehmen können.

...

3. Wie viele der Ausgelernten können weiterbeschäftigt werden?

Von den 24 Auszubildenden bzw. Anwärterinnen/Anwärtern, die in 2006 ihre Ausbildung beendet haben, konnten insgesamt 20 Auszubildende bzw. Anwärter/innen zumindest in befristete Beschäftigtenverhältnisse übernommen werden. Bei persönlicher und fachlicher Eignung wird eine Weiterbeschäftigung angestrebt.

- Von den 5 Beamtenanwärterinnen/Beamtenanwärtern des gehobenen Dienstes wurden 4 in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen. Ein Anwärter wurde aus persönlichen Gründen aus dem Beamtenverhältnis entlassen, erhielt jedoch einen für 1 Jahr befristeten Beschäftigungsvertrag.

- Die 4 Beamtenanwärterinnen/Beamtenanwärtern des mittleren Dienstes wurden alle mit Ablauf des 31.08.2006 aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Mittlerweile konnte eine Person wieder in das Beamtenverhältnis auf Probe ernannt werden. Die anderen 3 Personen wurden befristet für 6 Monate im Rahmen von Beschäftigtenverhältnissen übernommen.

- Von den 4 Verwaltungsfachangestellten haben 2 einen unbefristeten Vertrag (mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit) erhalten. Die anderen 2 wurden für die Dauer von 6 Monaten weiterbeschäftigt.

- Die 5 Kauffrauen/Kaufmänner für Bürokommunikation wurden alle in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis für die Dauer von 6 Monaten übernommen.

- Die 2 Vermessungstechniker/innen konnten für die Dauer von 4 Monaten mit der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit weiterbeschäftigt werden.

- 4 Auszubildende (2 Gärtner/innen und 2 Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste) sind nach der Ausbildung aus dem städtischen Dienst ausgeschieden.

Gesundheitsamt
-53-

Anlage zu TOP 5

Kassel, 24.10.06
Frau Dr. Vater-Dargel
Tel. 9200553-70

An
-V-
über
-53-

Beantwortung der Fragen zur Substitution

1. **Wie viele heroinabhängige Menschen leben in Kassel bzw. haben tagsüber ihren Lebensmittelpunkt in Kassel?**

   Von heroinabhängig – d. h. monovalent abhängige Menschen – leben in Kassel sicherlich nur einige Wenige. Alle übrigen polivalent abhängigen Menschen – d. h. solche, die von vielen Substanzen, wie Heroin, Kokain, Benzodiazepinen, Alkohol usw. abhängig sind, schätzen sowohl das Rauschgiftdezernat als auch die Drogenhilfe Nordhessen sowie das Gesundheitsamt mit ca. 1 500 Menschen. Es gibt hierüber keine statistischen Erkenntnisse. alle angefragten Institutionen sowie das Gesundheitsamt gehen aber von einer Dunkelziffer aus, die mindestens nochmals 500 Menschen umfasst.

2. **Welche Angebote gibt es von Seiten der Stadt, um diesen Menschen zu helfen?**

   Es gibt umfangreiche Angebote der Drogenhilfe Nordhessen. Hierzu gehören das Café Nautilus, als niederschwelliges Kontaktangebot mit angegliedertem Betreuten Wohnen für abhängige Menschen, es gibt die Drogenberatungsstelle, Präventionsprojekte. Es gibt Substitutionsfachambulanzen, eine Nachsorgewohngemeinschaft „Die Schmiede", sowie Betreutes Einzelwohnen und eine betreute Wohngemeinschaft als Nachsorgeeinrichtung. Darüber hinaus hilft die Aids-Hilfe auch drogenabhängigen Menschen, wenn diese an Hepatitis C erkrankt sind. Es kümmert sich auch die Schuldnerberatung um drogenabhängige Menschen, z. T. gibt es auch einige wenige niedergelassene Psychotherapeuten.

3. **Wie viele Menschen werden mit Methadon oder vergleichbaren Stoffen substituiert?**

   Nach einer Auskunft der Substitutionskommission waren im Mai 2006 406 Klienten offiziell zur Substitution gemeldet, für den Bereich der Stadt Kassel, die Substitutionsfachambulanz in der Drogenhilfe Nordhessen kommen nochmals 51 Klienten hinzu. Wie viele Menschen sich in der so genannten „grauen Substitution" befinden, ist unklar.

4. **Wie schätzt der Magistrat den Bedarf an Plätzen für Substitutionstherapie ein? Wie lange sind die durchschnittlichen Wartezeiten, um in eine Substitutionstherapie zu kommen?**

   Eine Substitutionstherapie im engeren Sinne gibt es nicht, da durch eine Substitution nicht etwa eine Heilung eingeleitet wird, sondern diese immer Teil eines umfassenden Therapiekonzeptes sein soll. Durch Substitution soll nach den Richtlinien der Bundesärztekammer das Überleben gesichert werden, die Gesundheit und soziale Situation stabilisiert werden, eine berufliche Rehabilitation und soziale Reintegration ermöglicht und Opiatfreiheit erzielt werden. Das oberste Ziel der Behandlung soll immer die Suchtmittelfreiheit sein, d. h. aber auch die Freiheit von Methadon oder anderen Substituten.

   Wir haben in Kassel mit den Substitutionsfachambulanzen 50 **xxx** Plätze, die mit einem integrierten Behandlungsansatz sowohl die Klienten substituieren, als auch am gleichen Ort regelmäßig und umfassend während ihrer Substitution psychosozial begleitet werden. Darüber hinaus gibt es zurzeit einen ersten Versuch, gemeinsam mit niedergelassenen Ärzten und der Drogenhilfe Nordhessen eine Kooperation zu etablieren, die ambulante Substitution bei niedergelassenen Ärzten mit psychosozialer Begleitung durch die Drogenhilfe Nordhessen eng verknüpfen soll. Es ist zu früh, um hier eine Auswertung durchführen zu können, aber der gute Wille ist da. Seitens des Gesundheitsamtes wird die Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten weiter verfolgt. Die Wartezeiten bei den Substitutionsfachambulanzen sind sehr unterschiedlich: Es wird individuell nach Dringlichkeit entschieden, so dass beispielsweise schwangere Frauen unverzüglich aufgenommen werden, andere Personen aber dann zum Teil länger warten müssen. Wartezeiten von zehn Wochen sind vorgekommen. Je nachdem, ob jemand disziplinarisch entlassen werden muss, können Aufnahmen aber auch sehr schnell erfolgen.

   Bei den niedergelassenen Ärzten, die privat substituieren, gibt es unseres Wissens nach keine Wartezeiten.

5. **Kann für alle Heroinabhängigen, die mit Methadon substituiert werden, eine ausreichende psychosoziale Betreuung gewährleistet werden?**

   Nein

6. **Wie ist die Erfolgsquote der Methadontherapie. Wie lange ist die Verweildauer in den Therapieprogrammen?**

   Es gibt zu diesen Fragen keine Evaluation. Sicher ist, dass eine substitutionsgestützte Behandlung mit psychosozialer Betreuung in mehr Fällen und in kürzerer Zeit zu Suchtmittelfreiheit führt, sowie zur Reintegration in die Gesellschaft, als wenn die Klienten nur ein Substitut erhalten und damit wieder nach Hause geschickt werden. Entscheidend für den Erfolg einer substitutionsgestützten Behandlung ist immer die psychosoziale Begleitung und Unterstützung.

   Die Verweildauer in jedweden Substitutionsprogrammen erstreckt sich von einem Tag bis zu über 15 Jahren.

7. **Wie viele Substituierte, die im Methadonprogramm sind, gibt es die für „Heroin an Schwerstabhängige" in Betracht kommen würden?**

   Die Frage nach den Substituierten im „Methadonprogramm" lässt sich so nicht beantworten: Es gibt nicht ein Methadonprogramm, es gibt nicht zahlreiche Methadonprogramme, und es gibt Substitution mit unterschiedlichen Substituten. Man kann daher schlecht sagen, wie viele für eine heroingestützte Behandlung in Frage kommen würden. Es gibt aber sehr wohl Kriterien, nach denen nach dem derzeitigen Stand einzelne Personen unter bestimmten Umständen für eine heroingestützte Behandlung in Frage kommen könnten. In allen Stellungnahmen, die hierzu abgegeben worden sind, wird jedoch ausdrücklich auch darauf hingewiesen, dass eine psychosoziale Betreuung, sowie sucht- und sozialtherapeutische Unterstützung notwendig sind.

   Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, warum man schwerstabhängige Menschen auf Heroin umstellen sollte. Heroin kann nur intravenös appliziert werden, die hierfür vorgesehenen Zielgruppen haben aber nach unseren Erfahrungen keine Venen mehr. Sie sind in den seltensten Fällen ausschließlich von Heroin abhängig, sondern in den meisten Fällen polivalent abhängig (siehe oben). Ob sie sich dann mit einer heroingestützten Substitution zufrieden geben und auf den Beikonsum verzichten, bleibt fraglich. Es müssen auch Fragen geklärt werden, wer das Heroin vergibt, wer die Prozedur beaufsichtigen soll, und wie man sich dann verhalten will, wenn Beikonsum stattfindet.

8. **Wie schätzt der Magistrat die Gefahren von Beschaffungskriminalität durch Heroingebraucher/innen ein?**

   Die Frage der Beschaffungskriminalität lässt sich leicht beantworten, man geht von einem Prozentsatz von über 80 % aller drogenabhängigen Personen aus, die der Beschaffungskriminalität nachgehen.

Im Auftrag

Dr. Vater-Dargel
Fachärztin für öffentliches Gesundheitswesen

Sozialamt / Gesundheitsamt
- 50/53 -

Anlage zu TOP 9

Kassel, 02.08.2006/
Frau Ros, Tel.: 12 73

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat II
Eing.: 04. AUG. 2006

An

-II- und -V-

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage Nr. 101.16.163
Lokaler Teilhabeplan für behinderte Menschen

WV: Sozialausschuß
21.8.06

Zu dem Antrag ergeht seitens des Gesundheits- und Sozialamtes folgende gemeinsame Stellungnahme:

Aufgrund des vorliegendes Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Entwicklung eines lokalen Teilhabeplanes für Menschen mit Behinderungen zur Vereinbarung von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten wird mitgeteilt, dass für diesen Personenkreis eine lokale Teilhabe durch unterschiedliche Maßnahmen bereits umgesetzt wird.

Im März 1993 wurde die Arbeitsstruktur in Form der Regionalkonferenz als Arbeitsgemeinschaft nach § 95 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) geschaffen. Derzeitige Rechtsgrundlage ist § 4 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII).
Ziel dieser Regionalkonferenz ist, die verschiedenen Aktivitäten von Vereinen, Verbänden sowie Arbeitskreisen mit den Planungen der Stadt Kassel und des Landeswohlfahrtsverbandes in der Behindertenarbeit zu koordinieren.
Unter der Federführung des Gesundheitsamtes sowie der Beteiligung des Sozialamtes als Träger der örtlichen Sozialhilfe und den in diesem Bereich tätigen Institutionen und dem LWV Hessen als überörtlichen Träger der Sozialhilfe wurde in den vergangenen Jahren das Ziel der Teilhabe von Behinderten am Leben in der Gemeinschaft durch die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit in der Regionalkonferenz bereits erreicht.
Dabei wurde stets auf aktuelle Änderungen der Bedarfslage, Prüfung und Umsetzung neuer Angebote und auch Änderungen in den gesetzlichen Bestimmungen zeitnah reagiert.

Eine Übersicht der Organisation der Regionalkonferenz Kassel mit den einzelnen Unterarbeitsgruppen ist als Anlage beigefügt.

Dr. Seuren-Kronenberg

Ruchhöft

1 Anlage

Regionalkonferenz Kassel

Erstellt: 03/2005.5332.kutu-pol
Stand: 01.08.2006/ber-pol

Funktion und Aufgaben:
Arbeitsgemeinschaft nach § 4 SGB XII (früher § 95 BSHG) → [UAG 1]
Vertreter und Vertreterinnen des Sozial- und Gesundheitsamtes der Stadt Kassel, des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen und aller beteiligten Leistungserbringer klären Versorgungsbedarfe und beraten notwendige Anpassungen der Versorgungsangebote im Bereich der Hilfen zur Teilhabe.
Ziel ist eine gemeindenahe und bedarfsgerechte Versorgung von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Kassel.

Geschäftsführung:
Stadt Kassel
- Dezernat V
- Gesundheitsamt

Unterarbeitsgruppen

UAG 2

für Menschen mit psychischen Störungen und Behinderungen

Funktion/Aufgaben:
Klärung von Versorgungsbedarf
Abstimmung der Angebote

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt, Kassel, Gesundheitsamt
Herr Berkofsky
Frau Kappes

Hilfeplankonferenz

Funktion/Aufgaben:
In der Hilfeplankonferenz wird auf der Grundlage im Vorfeld erstellter *Integrierter Behandlungs- und Rehabilitationspläne* über die im Einzelfall notwendigen und geeigneten Hilfen beraten und soweit möglich von den zuständigen Kostenträgern entschieden.
Bestehende Angebote werden vernetzt entsprechend den Erfordernissen von KlientInnen mit komplexem Hilfebedarf.

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt Kassel, Gesundheitsamt
Herr Berkofsky
Frau Hüther

UAG 3

für Menschen mit geistiger und Mehrfachbehinderung

Funktion/Aufgaben:
Klärung von Versorgungsbedarf
Abstimmung der Angebote

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt Kassel, Gesundheitsamt
Herr Berkofsky

Belegungskonferenz

Funktion/Aufgaben:
Die Belegungskonferenz berät auf der Grundlage im Vorfeld erstellter *Integrierter Hilfepläne* über die Aufnahme von KlientInnen in außerklinische teil- und vollstationäre Einrichtungen und in das Betreute Wohnen.

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt Kassel, Gesundheitsamt
Herr Berkofsky
Frau Kupfernagel

Behindertenbeirat

- Ansprechpartner für behinderte Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Kassel
- Vertretung der Belange Behinderter in Ausschüssen und Gremien

AnsprechpartnerIn
Geschäftsstelle Behindertenbeirat
Rathaus Kassel
Geschäftsführung: Herr Kimm

Belegungskonferenz für Menschen mit Körperbehinderungen

Funktion/Aufgaben:
Die Belegungskonferenz berät auf der Grundlage im Vorfeld erstellter *Integrierter Hilfepläne* über die Aufnahme von KlientInnen in außerklinische teil- und vollstationäre Einrichtungen und in das Betreute Wohnen.

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt Kassel, Gesundheitsamt
Herr Berkofsky
Frau Kupfernagel

UAG 4

für Menschen mit Suchterkrankungen (Alkohol/Medikamente)

Funktion/Aufgaben:
Klärung von Versorgungsbedarf
Abstimmung der Angebote

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt Kassel, Gesundheitsamt
Herr Berkofsky
Herr Hebeler

Hilfeplankonferenz

Funktion/Aufgaben:
In der Hilfeplankonferenz wird auf der Grundlage im Vorfeld erstellter *Integrierter Behandlungs- und Rehabilitationspläne* über die im Einzelfall notwendigen und geeigneten Hilfen beraten und soweit möglich von den zuständigen Kostenträgern entschieden.
Bestehende Angebote werden vernetzt entsprechend den Erfordernissen von KlientInnen mit komplexem Hilfebedarf.

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt Kassel, Gesundheitsamt
Frau Dr. Vater-Dargel
Herr Hebeler

Runder Tisch Drogen

für Menschen mit Suchterkrankungen (Drogen) in Stadt und Landkreis Kassel

- Klärung von Versorgungsbedarf
- Abstimmung der Angebote

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt Kassel, Jugendamt
Herr Bub

Hilfeplankonferenz

Funktion/Aufgaben:
In der Hilfeplankonferenz wird auf der Grundlage im Vorfeld erstellter *Integrierter Behandlungs- und Rehabilitationspläne* über die im Einzelfall notwendigen und geeigneten Hilfen beraten und soweit möglich von den zuständigen Kostenträgern entschieden.
Bestehende Angebote werden vernetzt entsprechend den Erfordernissen von KlientInnen mit komplexem Hilfebedarf.

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt Kassel, Gesundheitsamt
Frau Dr. Vater-Dargel
Herr Ligniez

UAG 5

für Menschen mit gerontopsychiatrischem Versorgungsbedarf

Funktion/Aufgaben:
Klärung von Versorgungsbedarf
Abstimmung der Angebote

Geschäftsführung/AnsprechpartnerIn:
Stadt Kassel, Sozialamt
Frau Trilling

Magistrat
- V -/- 53 -

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Vorlage-Nr. 101.16.284

Kassel, 24.10.2006

Sicherstellung der psychosozialen Betreuung substituierter Opiatabhängiger im Stadtgebiet Kassel

Berichterstatter/-in: Stadträtin Anne Janz

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Zur Sicherstellung der Hilfebedarfsermittlung und der psychosozialen Betreuung substituierter Opiatabhängiger im Stadtgebiet Kassel wird die Vereinbarung mit der Drogenhilfe Nordhessen e. V. über eine Mindestversorgung dieser Personen über den 31.12.2006 hinaus verlängert. Die Vereinbarung gilt ausdrücklich nur für die Opiatabhängigen aus der Stadt Kassel.

2. Die erforderlichen Mittel für die insgesamt 82 zur Verfügung stehenden Plätze in Höhe von 76.155 € sind im Haushaltsplan 2007 und in den Folgejahren bei dem Sachkonto 791 110 000 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen - veranschlagt.

Begründung:

Mit der Neufassung der Richtlinien über die Bewertung ärztlicher Untersuchungs- und Behandlungsmethoden gemäß § 135 Abs. 1 SGB V (BUB-Richtlinien) zum 01.01.2003 wurden erweiterte Qualitäts- und Verfahrensstandards für die psychosoziale Betreuung substituierter Opiatabhängiger festgeschrieben.

Während die ärztliche Leistung der Substitutionsbehandlung eine kassenärztliche Leistung ist, fallen die Maßnahmen der Hilfebedarfsermittlung und der psychosozialen Betreuung nicht unter die Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherungen. Weder der Bund noch das Hessische Sozialministerium stellen eine Finanzierungsmöglichkeit in Aussicht, so dass seither die Kommunen in der Notwendigkeit stehen, Mittel zur Verfügung zu stellen, um nicht Gefahr zu laufen, dass Drogenabhängige verelenden, sich auf kriminelle Weisen den notwendigen Stoff verschaffen und somit auch das Stadtbild und den sozialen Frieden gefährden und dem Ansehen der Stadt schaden.

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte mit ihrem Beschluss Nr. 1440 vom 21.02.2005 die notwendigen Mittel für die Hilfebedarfsermittlung und psychosoziale

Betreuung der substituierten Opiatabhängigen mit Wohnsitz in der Stadt Kassel für die Jahre 2005 und 2006.
Mit den 86.600 € im Jahr 2005 (davon 11.200 € an Extramitteln zur Bewältigung einer Akutsituation wegen zweier Praxisschließungen) wurden 218 Substituierte aus Kassel, die von niedergelassenen Ärzten ärztlich behandelt und mit einem Ersatzstoff substituiert werden, in der Beratungsstelle „W23" der Drogenhilfe Nordhessen e. V. psychosozial betreut. Diese Betreuung kann auf den insgesamt 82 zu jeder Zeit voll ausgelasteten Plätzen nur im Rahmen einer Mindestversorgung erfolgen.

Die psychosoziale Betreuung der Substituierten verfolgt als Zielsetzung neben der Hilfe bei der existentiellen und sozialen Sicherung der Klientinnen/Klienten auch, die betroffenen Personen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren bzw. sie dort zu stabilisieren. In der „W23" werden seit Mitte 2004 Plätze für die psychosoziale Betreuung angeboten. Die Erfahrungen sind positiv. Die Gruppe der sozial unauffälligen und angepassten Substituierten mit einer guten Alltagsstrukturierung und einem sicheren Arbeitsplatz und die Gruppe derer, die sich zumindest in unsicheren Arbeitsverhältnissen befindet, arbeitssuchend ist oder Reintegrationsbemühungen unternimmt, macht immerhin insgesamt 60 % der Klientinnen/Klienten aus.

Ohne die Sicherstellung von Hilfebedarfsermittlung und psychosozialer Betreuung droht einem Großteil der Substituierten nach den geltenden Richtlinien der vorzeitige Abbruch der Substitutionsbehandlung und damit der Rückfall in den Kreislauf der illegalen Drogenbeschaffung, Beschaffungsprostitution, Kriminalität und Verelendung. Um dem entgegen zu wirken, ist die weitere Bereitstellung der Mittel über den 31.12.2006 hinaus unbedingt erforderlich.

Unter der Federführung von Stadt- und Kreisgesundheitsamt wurde gemeinsam mit den niedergelassenen substituierenden Ärzten aus Stadt und Landkreis, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Drogenhilfe eine abgestimmte Verfahrensregelung entwickelt. Diese hat zum Ziel, über die jeweilige Aufnahme in die Substitutionsbehandlung auf der Grundlage eines überprüfbaren Therapieregimes zu entscheiden.

Der Magistrat wird diese Vorlage in seiner Sitzung am 30.10.2006 behandeln.

In Vertretung

gez.
Dr. Jürgen Barthel
Stadtkämmerer

CDU Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
E-Mail info@cdu-fraktion-kassel.de
Internet www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.173

Kassel, 04.07.2006

Versprechen des Oberbürgermeisters zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

Was wurde aus dem Versprechen des Oberbürgermeisters zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze?

1. Wie viele Auszubildende werden in 2006 eingestellt?
2. Wo und in welchen Bereichen (einzeln aufgeschlüsselt)?
3. Wie viele der Ausgelernten können weiter beschäftigt werden?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Bathon

gez. Eva Kühne-Hörmann, MdL
Fraktionsvorsitzende

CDU Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
E-Mail info@cdu-fraktion-kassel.de
Internet www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.213

Kassel, 30.08.2006

Blut- und Organspenden

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

in geeigneter Form und in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt im Bereich der Stadtverwaltung und bei städtischen Gesellschaften für die Notwendigkeit von Blut- und Organspenden zu werben.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bathon

gez. Eva Kühne-Hörmann, MdL
Fraktionsvorsitzende

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE.ASG

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
E-Mail
fraktion@Kasseler-Linke.ASG.net

Vorlage Nr. 101.16.257

Kassel, 25.09.2006

Finanzierungskonzept Klinikumsneubau

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
und in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Da sich die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der Klinikum Kassel GmbH für die große Neubaulösung auf dem Gelände des Klinikums ausgesprochen haben, fordern wir den Magistrat auf, den Ausschuss über das dieser Entscheidung zu Grunde liegende Finanzierungskonzept und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den städtischen Haushalt umfassend zu informieren. Insbesondere fragen wir:

1. Ist geplant, den gesamten Neubau in einem Bauabschnitt auszuführen?
2. Wenn ja, welche Zuschüsse gibt es und wie setzt sich die geplante Finanzierung zusammen?
3. Wenn nein, welche Zuschüsse gibt es und wie setzt sich die geplante Finanzierung für die verschiedenen Bauabschnitte zusammen?
4. In welchem Umfang spielt ein eventueller Gehaltsverzicht der Beschäftigten eine Rolle im Finanzierungskonzept und wie würde er sich über die Dauer des Bauvorhabens verteilen?
5. Wie ist der Stand der Gespräche mit Ver.di und dem Marburger Bund in Bezug auf das Neubauvorhaben und eine eventuelle Beteiligung der Beschäftigten an dessen Finanzierung?
6. Wie verteilen sich die Belastungen für den städtischen Haushalt über die zu erwartende Dauer des Bauvorhabens?

Um schriftliche Beantwortung wird gebeten

Begründung:

Angesichts der immer wieder vom Kämmerer der Stadt Kassel Herrn Dr. Barthel betonten angespannten finanziellen Lage der Stadt Kassel stellt sich die Frage, warum ein Neubau mit einem Finanzierungsvolumen von 152 Mio. € der richtige Weg für die Zukunft des Klinikums sein soll und wie sich eine solche finanzielle Belastung auf die Stadt auswirken würde.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
E-Mail info@gruene-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.264

Kassel, 26.09.2006

Substitution

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viel heroinabhängige Menschen leben in Kassel bzw. haben tagsüber ihren Lebensmittelpunkt in Kassel?
2. Welche Angebote gibt es von Seiten der Stadt, um diesen Menschen zu helfen?
3. Wie viel Menschen werden mit Methadon oder vergleichbaren Stoffen substituiert?
4. Wie schätzt der Magistrat den Bedarf an Plätzen für Substitutionstherapie ein? Wie lange sind die durchschnittlichen Wartezeiten, um in eine Substitutionstherapie zu kommen?
5. Kann für alle Heroinabhängigen, die mit Methadon substituiert werden eine ausreichende psychosoziale Betreuung gewährleistet werden?
6. Wie ist die Erfolgsquote der Methadontherapie. Wie lange ist die Verweildauer in den Therapieprogrammen?
7. Wie viel Substituierte, die im Methadonprogramm sind, gibt es, die für „Heroin an Schwerstabhängige“ in Betracht kommen würden?
8. Wie schätzt der Magistrat die Gefahren von Beschaffungskriminalität durch HeroingebraucherInnen ein?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Maisch

gez. Karin Müller
Fraktionsvorsitzende

SPD Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1284 / 1285
E-Mail buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.265

Kassel, 26.09.2006

Flächen für das Spiel GORODKI

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

Ist dem Magistrat das in der ehemaligen Sowjetunion sehr beliebte Spiel GORODKI bekannt?

Ist dem Magistrat bekannt, ob Bedarf an Spielflächen besteht und ob ggf. Die Möglichkeit für die Errichtung von Spielflächen besteht?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Diederich

gez. Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender

SPD Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1284 / 1285
E-Mail buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.267

Kassel, 26.09.2006

Rauchfreie Ruhezonen in städtischen Freibädern

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

Besteht die Möglichkeit, mit Beginn der nächsten Freibadsaison in den städtischen Freibädern eine „rauchfreie Ruhezone" (ähnlich wie im Freibad Lohfelden) auszuweisen?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Reimann

gez. Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE.ASG

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
E-Mail
fraktion@Kasseler.Linke.ASG.net

Vorlage Nr. 101.16.278

Kassel, 16.10.2006

Der Antrag wurde von der Fraktion Kasseler Linke.ASG in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 31. Oktober 2006 zurückgezogen

---

AfK Beirat - Arbeitsfähigkeit herstellen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird dazu aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der Beirat der Arbeitsförderung Kassel (AfK) in ein arbeitsfähiges Gremium umgewandelt wird.
Insbesondere gehören dazu:
Dass er mindestens vierteljährlich tagt.
Dass die Beiratsmitglieder alle Unterlagen, die sie für die Ausübung ihrer Funktion benötigen auch in schriftlicher Form erhalten.
Dass sie ein Anhörungs-, ein Informations- und ein Vorschlagsrecht gegenüber der Geschäftsführung der AFK erhalten.

Begründung:

Der bisherige Umgang der AfK mit ihrem Beirat vermittelt nicht den Eindruck, dass dieser als Kontrollgremium gewünscht ist. Er tagt unregelmäßig, nur ein- zweimal im Jahr und es werden für die Sitzungen keine Unterlagen oder Vorlagen bereitgestellt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Aulepp-Wulff

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
E-Mail info@gruene-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.279

Kassel, 18.10.2006

Teilhabeplan für behinderte Menschen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen lokalen Teilhabeplan für behinderte Menschen mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen und Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für behinderte Menschen zu entwickeln. Diese Initiative soll in enger Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat vorangetrieben und stetig weiterentwickelt werden. Aktivitäten von Vereinen, Institutionen und freien Trägern sollen in den Teilhabeplan ergänzend mit aufgenommen werden.

Im Einzelnen sind im lokalen Teilhabeplan u.a. folgende Bereiche zu berücksichtigen:
- Verbesserung der Barrierefreiheit im Rathaus und anderen städtischen Gebäuden
- Barrierefreierer Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Straßen und Plätzen
- Verbesserung der schulischen Integration behinderter Kinder und Jugendlicher
- Barrierefreie Gestaltung von Spielplätzen, Bibliotheken und Freizeiteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Verbesserung des barrierefreien Zugangs zu städtischen Veranstaltungen, Angeboten und Leistungen
- Schaffung von mehr barrierefreiem Wohnraum
- Barrierefreier Zugang und Nutzung von kulturellen Angeboten

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Maisch

gez. Karin Müller
Fraktionsvorsitzende

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE.ASG

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
E-Mail
fraktion@Kasseler.Linke.ASG.net

Vorlage Nr. 101.16.283

Kassel, 19.10.2006

Arbeitsförderung Kassel (AFK) Tätigkeitsbericht vorlegen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat der Stadt Kassel wird dazu aufgefordert,
> den Tätigkeitsbericht, der den Gesellschaftern vorgelegt wird, auch den kommunalen Gremien vorzulegen.

Begründung:

Die Stadt Kassel ist neben der Bundesagentur für Arbeit einer der beiden Gesellschafter der AFK. Diese betreut nach eigenen Angaben ca. 30 000 Menschen in Kassel. Damit kommt ihr eine hohe kommunalpolitische Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund erscheint es angemessen, dass nicht nur im Gesellschafterausschuss der AFK, sondern auch im zuständigen kommunalen Ausschuss die gewählten politischen VertreterInnen der Stadt umfassend über die Arbeit der AFK informiert werden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Aulepp-Wulff

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender